DIE LINKE. Berlin
3. Tagung des 6. Landesparteitages, 25. November 2017

**Antrag A14:
Antragsteller\*in:** BV Tempelhof-Schöneberg

**Keine Privatisierung in der ZLB vornehmen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat und das Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, kein Outsourcing der Buch und Medienauswahl der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) zuzulassen. Vorgesehen ist, dass ab 2018 über 70% ihrer Buch-und Medienkäufe der ZLB und deren Bearbeitung an den Buchhandelskonzern Hugendubel ausgelagert werden sollen. Aufgefordert werden weiterhin der Kultursenator und der Stiftungsratsvorsitzende zu prüfen, ob die Satzung der ZLB eingehalten wurde, die eine ausdrückliche Einwilligung des Stiftungsrates zum Vertragsabschluss mit Hugendubel vorschreibt. Sollte ein Vertragsabschluss unter Umgehung der Satzungsvoraussetzungen zustande gekommen sein, ist auf eine Aufhebung hinzuwirken. Sollte dies objektiv nicht möglich sein, ist ein Konzept zu entwickeln, das eine schnellstmögliche Rückabwicklung des Outsourcings der Medienauswahl an den Großbuchhandel sicherstellen kann.

Begründung:

Die Anschaffung von Medien gehört zu den internen Aufgaben einer Bibliothek und darf nicht an einen Großkonzern wie Hugendubel abgegeben werden. Das Resultat wäre ein Verlust ihrer Vielfalt, eine Verflachung der Medienangebote und Vernichtung der zentralen Kompetenz einer gut sortierten allgemeinwissenschaftlichen Bibliothek. Die ZLB ist eine Universalbibliothek für alle Schichten der Berliner Bevölkerung und muss es auch bleiben. Zweidrittel der Fachlektoren haben der Kulturverwaltung schriftlich mitgeteilt, dass sie die vorgesehene Privatisierung ablehnen. Bestellung und Auswahl von Büchern und anderen Medien müssen über das Fachlektoriat der ZLB erfolgen und nicht über externe Dienstleister. Die Menschen, die uns gewählt haben, haben Hoffnung, dass es mit rot/rot/grün politisch besser läuft. Dieser Erwartungen und das Vertrauen in uns dürfen wir nicht zerstören, wenn Privatisierungen so weiterlaufen wie bisher.